



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/207 - 14.9.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Die ausgebliebene Regierungserklärung	S. 1
Das Reformprogramm Hedtoft's	S. 2
Die "Zeit" und die Ostzonenflüchtlinge	S. 3
Zur bevorstehenden John-Debatte	S. 5

Nur kurzfristige Vertagung ist zulässig

sp Die Vertagung der Außenpolitischen Debatte im Bundestag ist weniger sensationell, als es in der Dienstag-Morgenpresse in Schlagzeilen und Aufmachung zum Ausdruck kam. Wenn der Bundeskanzler und Außenminister der Meinung ist, dass er seine Regierungserklärung auf Grund der neuentstandenen Lage erst dann abgeben könne, wenn der britische Außenminister Eden zumindest auch den französischen Ministerpräsidenten Mendès-France gesprochen hat, so kann man das zur Kenntnis nehmen. Den Kanzler zur Abgabe einer Regierungserklärung zwingen kann man jedoch nicht. Und darum sind alle Meldungen über eine angebliche Zustimmung der SPD zur Vertagung der Außenpolitischen Debatte in Unkenntnis der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages oder als Zweckpropaganda geschrieben worden, denn wo nichts erklärt wird, kann auch nicht darüber debattiert werden.

Im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat die Vertagung der Außenpolitischen Debatte bedauert, weil sie der Meinung ist, dass es dem Parlament als erstem zusteht, die neue politische Lage zu besprechen. Es kann sein, dass der Bundeskanzler tatsächlich nur eine kurzfristige Verschiebung der parlamentarischen Beratung über die Außenpolitik vor hat. Das wird man aber schon in den nächsten Tagen feststellen können. Sollte jedoch Dr. Adenauer die "neue Lage" als ein Mittel benutzen wollen, um den Parlamentsdebatten auf Dauer auszuweichen, so wird die SPD dem einen Riegel vorschieben. Die Fraktion hat bereits offiziell beschlossen, im Ältestenrat eine Außenpolitische Debatte zu beantragen und diesem Antrag werden sich die Koalitionsparteien nicht versagen können, zumal auch in ihren Reihen der Beschluß des Bundeskanzlers nicht gerade mit Freude aufgenommen wurde.

Eine längere Verschiebung der parlamentarischen Beratungen ist auch deshalb nicht möglich, weil sich in der Zwischenzeit doch eindeutig herausgestellt haben sollte, dass es eine Illusion ist, zu glauben, man könne sozusagen im Aufgalopp das Problem der Souveränität und der westdeutschen Wiederbewaffnung lösen. Das wird ein langwieriger Prozeß sein. Und gerade deshalb ist es erforderlich, dass das Parlament schon im Stadium, in dem noch alles offen ist, seine Meinung sagt. Das ist vor allem umso notwendiger, als die bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung zu erkennen gegeben haben, dass sie die Wiedervereinigung auf das tote Gleis schieben möchte. Die sozialdemokratische Opposition wird jedoch dieses Problem in den Vordergrund rücken und Parlament und Bundesregierung zu einer klaren Stellungnahme zwingen.

+

+

+

- 2 -

Sturm auf Hedtoft abgeschlagen

ERK, Kopenhagen

Das dänische Folketing mußte wegen der schweren Valutakrise, in die das Land in den letzten Wochen geraten war, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen werden. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung legte dem Folketing ein Programm zur Überwindung der Krise vor, während die bürgerlichen Oppositionsparteien, Konservative und Venstre, die Gelegenheit zum Sturze der Regierung Hedtoft und zur Ausschreibung von Neuwahlen benutzen wollen. Der Sturm auf Hedtoft wurde abgeschlagen. Eine überzeugende Mehrheit des Parlaments billigte das Reformprogramm der Regierung.

Die Valutakrise ist durch den außerordentlichen Einfuhrüberschuß hervorgerufen, den die Handelsbilanz seit vielen Monaten aufweist. Zwar stieg auch die Ausfuhr beträchtlich, doch konnte sie bei weitem nicht Schritt halten mit dem Anschwellen der Menge von Konsumtionswaren, die im Auslande gekauft werden. Die Kaufkraft des dänischen Volkes übersteigt beträchtlich das inländische Waren-Angebot. Und diese enorme Kaufkraft ist zum guten Teil die Folge der Vollbeschäftigungs-Politik. Der Mangel an Arbeitskräften ist in gewissen Erwerbszweigen so groß, dass "Schwarzmarktlöhne" gezahlt werden, die beträchtlich über den Vertragslöhnen liegen. Die Unternehmer tun alles, um solcherart überhaupt Arbeitskräfte an sich zu binden. Die Lockerung der Kontrolle auf dem Gebiete der Bautätigkeit tat ein übriges, und die hemmungslose Beschuldigung der bürgerlichen Presse gegen "sozialdemokratische Mißwirtschaft" förderte bewusst die inflationstreibende Flucht in die Sachwerte.

Das Programm, das die Regierung Hedtoft dem Folketing vorlegte, sieht eine radikale Abschöpfung der Kaufkraft durch Einführung neuer Steuern vor. So soll die Steuer auf Alkohol, Tabak und andere Luxuswaren erhöht werden. Aber auch die Postgebühren und die Eisenbahnfahrpreise bleiben vor dem Zugriff des Finanzministers nicht verschont. Das Sparen soll prämiert, die Bautätigkeit soll wiederum einer stren-

gen Kontrolle unterworfen werden. Außerdem will man die Staatsausgaben einschränken. - Es handelt sich um ein sehr unpopuläres Programm. Dass der Staat unter Umständen Geld braucht, um etwa Waffen zu kaufen, leuchtet dem Bürger noch ein. Dass der Staat dem Bürger aber das Geld nimmt, damit er, der Bürger, es nicht zum Einkaufen verwende, ist schon schwieriger zu erklären. Aber eine Inflation, bei welcher der Bürger für noch mehr Geld immer weniger zu kaufen vermag, wäre ein schlimmeres Übel.

Die Führer der Opposition - der ehemalige Ministerpräsident Eriksen für die Venstre und der frühere Innenminister Möller für die Konservativen - schossen im Folketing mit schwerstem Geschütz gegen die Regierung und forderten deren Abgang, darauf spekulierend, dass ihnen Neuwahlen jetzt eine Mehrheit bringen könnten. Der Führer der Radikalen jedoch, Dahlgaard, die das Zünglein an der Waage bilden, wies darauf hin, dass jede andere Regierung zu denselben Massnahmen gezwungen wäre wie jetzt die Regierung Hedtoft. Das Folketing solle sich Arbeitskleider anziehen und die entstandenen Schwierigkeiten in sachlicher Arbeit beseitigen. Immer habe man in Dänemark mit Misstrauensvoten gegen Kinderheitsregierungen gedroht. Aber wenn es galt, die parlamentarischen Folgerungen zu ziehen, seien die eigentlichen Schwierigkeiten offenbar geworden. Man habe nun eine neue Verfassung mit dem Einkammer-System, und es sei wichtig, eine parlamentarische Überlieferung für dieses System zu schaffen.

Diese klare Absage an die anderen bürgerlichen Gruppen bedeutete, dass die Regierung Hedtoft den Sturmhauf der Opposition abschlagen und im Amte bleiben konnte.

+ + +

Handlanger der KP-Propaganda

Aus Berlin wird uns geschrieben

Die Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit", veröffentlichte kürzlich in ihrer illustrierten Beilage einen von Paul Fechter geschriebenen Artikel "Die Landstörzerin Courage heute". Gegenstand der Betrachtung dieser CDU-Zeitung sind jene unglücklichen Menschen, die dem Terror-Regime der Sowjetzone den Rücken gekehrt haben, aber in-

folge Nichtanerkennung als Flüchtling und der Verweigerung ihrer Bundesnotaufnahme Monate, ja sogar Jahre lang als sogenannte "Illegale" in Westberliner Lagern Unterkunft finden, wo sie, nur verpflegt und mit einem geringen Taschengeld versehen, ein erbarmungswürdiges Dasein fristen.

Über 30 000 dieser Menschen, die die Notwendigkeit ihrer Flucht nicht nachweisen konnten und die daher ohne jedes Recht, ja ohne sogar das Recht auf Arbeit von Tag zu Tag dahinexistieren, immer in der Hoffnung, sich doch einmal wieder eine Lebensexistenz gründen zu können, warten auf eine längst fällige menschliche Entscheidung über ihr Schicksal. Dass sich seit Jahren die ungeheure große Zahl von Nichtanerkannten in Westberlin stauen konnte, ist die Schuld von Bonn. Bundesvertriebenenminister Oberländer hat zwar die Lösung dieses dringlichen Problems mehr als einmal versprochen, aber bisher nichts unternommen, weil ja, wie bereits mehrfach erwiesen, die Sorge um Berlin weder zu den fixen Ideen Adenauers noch der Mehrheit seiner Minister und politischen Freunde gehört.

Die Hamburger CDU-Zeitung hat sich bisher offenbar sehr wenig mit den Zuständen in der Sowjetzone befasst, wenn sie rundweg behauptet, den echten politischen Flüchtlingen

"folgte die Flut des Troßes, nämlich die Scharen derer, die ebenfalls teilhaben wollen an dem Zug ins gelobte Land, der für unzählige von ihnen zugleich Flucht vor wenig angenehmen Möglichkeiten des Daseins daheim zu den lockenden, angenehmen der Fremde war."

Diese Flüchtlinge werden einfach als kriminelle Elemente abgetan, die vor dem Finanzamt oder dem Richter Reißaus nehmen. Herr Fechter mit- samt der Redaktion hat anscheinend nicht die geringste Ahnung von der terroristischen Gesetzgebung und Justizpraxis der sowjetzonalen Machthaber.

Den Tiefstand des Unverständnisses erreicht die "Zeit" mit der Verleumdung der weiblichen Flüchtlinge, deren Elendsdasein in den Flüchtlingslagern sie als charakteristisches Prostituiertendasein darstellt. "Die Schwarzarbeit der weiblichen Lagerinsassen", so schreibt die Zeitung, "besteht darin, dass sie am Drahtzaun ihres augenblicklichen Heims stehend, die vorübergehenden Wesen männlichen Geschlechts durch ihre weibliche

Existenz in Versuchung und nicht bloß in Versuchung zu führen sich bemühen. Dies ist die unterste Schicht der heutigen Landstörzerinnen. Die anderen, die gehobeneren möchte man sie nennen, suchen die heutigen Sammelstätten der Damen auf, die sich für diese Tätigkeit interessieren. Es gibt da bereits allerhand Stätten des Lasters ... Zentralmarkthallen der flüchtigen Liebe."

Die der CDU sehr nahe stehende Hamburger Zeitung verhöhnt nicht nur das Massenelend der nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin, sie arbeitet damit auch den kommunistischen Agitatoren in der Zone in die Hand, die derartige lügenerische Berichte nur allzu gern aufgreifen, um den Flüchtlingsstrom aus dem "sowjetzonalen Paradies" durch systematische Verbreitung von Furcht und Schrecken vor dem Flüchtlingsschicksal zu stoppen und zugleich den freien Westen als Land der Verbrechen und der Unmoral anzuprangern. Verleumder der vom SED-Terror Vertriebenen und Handlager der kommunistischen Propaganda, das steht wohl niemandem schlechter zu Gesicht, als einer Zeitung, die sonst nicht genug von christlicher Demokratie zu künden weiß.

+ + +

#### Diffamierung der Hitlergegner

sp- Dass der von der Bundesregierung ernannte Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Überläufer und Verräter wurde, hat nicht nur einzelne Zeitungen und Abgeordnete sondern sogar Bundesminister veranlasst, mehr oder weniger offene Angriffe gegen die Menschen und Gruppen zu richten, die Widerstand gegen das Hitlerregime geleistet haben. Parlament und Regierung werden aus dem Fall John sehr weitgehende Konsequenzen zu ziehen haben, nur nicht die einer neuen Stimmungsmache für Leute, die heute noch Nationalsozialisten sind.

Wenn behauptet worden ist, John sei bereits durch seine Verbindung zum Kreis des 20. Juli zum Verräter geworden, so ist das eine Fälschung, die nicht hingenommen werden kann. Und wenn gesagt wird, die treuen Diener des Hitlerregimes seien im Gegensatz zu den Männern des Widerstandes die zuverlässigsten Diener auch dieses Staates, so ist das schlimmer als ein Rückfall in die amoralische Mentalität des Dritten Reiches.

Die damit aufgeworfenen Fragen sind zu ernst, als das wir uns darauf beschränken könnten, den Männern, die jetzt eine Diffamierung der Widerstandsgruppen versuchen, damit zu antworten, dass mit dem CDU-Abgeordneten Schmidt-Wittmack ein Mann zum Überläufer und Verräter wurde, der offensichtlich zu der Gruppe gehörte, die jetzt gegen die Männer des Widerstandes ausgespielt werden soll. Das deutsche Volk weiß, wer und welche Kräfte für das Elend des Krieges des Jahres 1945 und für die Vierteilung unseres Landes verantwortlich sind. Die Män-

ner, die gegen diese Entwicklung kämpften, haben sich nach 1945 zur Zusammenarbeit mit allen Gruppen unseres Volkes gestellt. Sie haben im Interesse des inneren Friedens einen Strich unter die Vergangenheit gezogen. Es ist ihnen dabei sehr viel zugemutet worden, aber wenn das die Quittung für ihre Haltung sein soll, dass sie nun diffamiert werden, dann ist das ein Alarmsignal. Dann wird das Zusammenleben aller Teile unseres Volkes vorsätzlich gefährdet und gleichzeitig der Versuch unternommen, die Instinkte zu wecken, mit denen auch Hitler und seine Leute ihr Spiel begannen.

Wie weit die Bereitschaft in dieser Richtung schon geht, zeigte ein Artikel des Bundesministers Hellwege, der offensichtlich die Zeit für gekommen hält, seinen konservativen Mantel abzustreifen und in die Fußstapfen seines Parteilfreundes Seeborn zu treten. Nicht nur der Inhalt, sondern auch die Methoden in dieser ministeriellen Stellungnahme sind interessant. In dem Artikel, von dem noch festzustellen sein wird, ob er die Meinung der Bundesregierung wiedergibt, heißt es unter anderem wörtlich: "Das Lob der Landesverräter, die Verherrlichung der Überläufer, muß aufhören." Wer hat Herrn John gelobt? Wer Herrn Schmidt Wittmack verherrlicht? Herr Hellwege meint wohl etwas anderes. Vielleicht äußert er sich einmal dazu, was er unter Landesverräter versteht

Es geht jedoch nicht nur um Herrn Bundesminister Hellwege. Es geht um die ihm gleichgesonnenen Gruppen, die offen oder versteckt eine neue Dolchstoßlegende und schlimmere Lügen zu konstruieren versuchen. Wird von diesen Gruppen eine Auseinandersetzung über die Frage, wer gestern und heute der Patriot und wer der Landesverräter ist, gefordert, dann soll diese Auseinandersetzung ausgetragen werden. Die deutsche Demokratie wird sich dann dieser Auseinandersetzung eher heute als morgen zu stellen haben, damit keine Stunde versäumt wird, denen entgegenzutreten, die die Staatsgesinnung des Hitlerregimes wiederbeleben wollen. Es geht nicht vorwiegend um unser Ansehen im Ausland, sondern darum, dass die junge deutsche Demokratie den Konsequenzen treu bleibt, die sie 1945 als Lehre eines beispiellosen Zusammenbruchs gezogen hat.